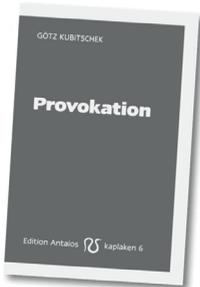
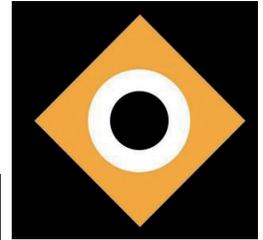




Die „Neue Rechte“ - Eine Gefahr für unsere Demokratie



Verlag  Antaios



LfS



IDENTITÄRE BEWEGUNG

 **IDENTITÄRE BEWEGUNG**

Impressum

Herausgeber:
Landesamt für Verfassungsschutz Hessen



Konrad-Adenauer-Ring 49
65187 Wiesbaden

Internet:
<http://www.lfv.hessen.de>
E-Mail: praevention@lfv.hessen.de

Stand: März 2022

Satz und Druck: JVA Darmstadt

Inhaltsübersicht

- 1 Einleitung
- 2 Definition
- 3 Ursprung: „Konservative Revolution“
- 4 Wiederbelebung der „konservativen Revolution“ nach 1945
- 5 Das ideologische Konzept des Ethnopluralismus
- 6 Abgrenzung zur „Alten Rechten“
- 7 Grundpositionen der gegenwärtigen „Neuen Rechten“
- 8 Strategien und Narrative
- 9 Akteure/Gruppierungen/Organisation
- 10 Verfassungsfeindlichkeit und Gefahren für unsere liberale Demokratie
- 11 Präventionsangebot des LfV Hessen

1. Einleitung

In all seinen Facetten stellt der Rechtsextremismus bis hin zum Rechtsterrorismus aktuell die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Dafür mitverantwortlich ist die „Neue Rechte“.

In der Vergangenheit war Rechtsextremismus in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend stigmatisiert und ausgegrenzt. Dies hat sich zuletzt allerdings spürbar verändert: Die rechtsextremistische Szene ist mittlerweile nicht mehr isoliert und insbesondere in der öffentlichen Wahrnehmung nicht auf ein nationalsozialistisch ausgerichtetes Spektrum (traditioneller Rechtsextremismus) begrenzt.

Mit der „Neuen Rechten“ hat sich innerhalb des Rechtsextremismus ein heterogenes Spektrum herausgebildet, das versucht, sich insbesondere mit antiliberalen und autoritären Positionen offensiv in den öffentlichen Diskurs hineinzudrängen. Das inhaltliche Leitbild dabei ist die sogenannte „Konservative Revolution“, eine intellektuelle, antidemokratische Strömung in der Weimarer Republik. Gleichzeitig distanzieren sich die Akteure der „Neuen Rechten“ offiziell vom historischen Nationalsozialismus.

Als Teilbereich des rechtsextremistischen Spektrums ist die „Neue Rechte“ mitunter in der Lage, die Grenzen zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und dem nicht-extremistischen Spektrum bis hinein in die gesellschaftliche Mitte zu verwischen und damit den antiextremistischen Konsens zum Thema Rechtsextremismus zu beschädigen. Dies führt unter anderem zu einer erhöhten (anlassbezogenen) Mobilisierungsfähigkeit und höheren Rekrutierung in der rechtsextremistischen Szene. Gleichzeitig steigt offenbar die Anschlussfähigkeit für rechtsextremistische Positionen:

Rechtsextremistische Positionen sind durch die breite gesellschaftliche Diskussion über Themen wie zum Beispiel Asyl, Migration, Islam, Kriminalität und Unzufriedenheit mit den „politischen Eliten“ in Teilen der Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig geworden.

Insbesondere sorgt die „Neue Rechte“ auch dafür, dass sich Rechtsextremismus in der Gegenwart oft ganz anders darstellt, als die verbreitete Annahme, die vielfach von ihm besteht: professioneller, subtiler, unverfänglicher, niedrigschwelliger, diskursfähiger und moderner.

Dies schafft neue Herausforderungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Der Rechtsextremismus im neuen Gewand, auf den die Strömung der „Neuen Rechten“ setzt, macht es deutlich schwieriger, rechtsextremistische Aktivitäten im Alltag auf den ersten Blick ohne aktuelles Hintergrundwissen zu erkennen und zu entlarven.

2. Definition

Die „Neue Rechte“ kann im weiteren Sinne folgendermaßen definiert werden:

Die „Neue Rechte“ ist ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen, in dem rechtskonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien antiliberaler bis antidemokratischer Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen.

Im engeren Sinne kann definiert werden:

„‘Neue Rechte’ steht für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ‚Kulturrevolution von rechts‘ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will.“¹

Selbstdefinition von Protagonisten der „Neuen Rechten“

Etliche Protagonisten der „Neuen Rechten“ bezeichnen sich selbst als eine aus Gruppierungen und Einzelpersonen bestehende Strömung. Sie prägten den Begriff der Mosaik-Rechten, womit sie verdeutlichen wollen, dass es sich um etliche Akteure handelt, die sowohl programmatisch als auch tätigkeitsbezogen in unterschiedlicher Art und Weise zusammenarbeiten und sich als Ganzes zu einem in sich schlüssigen Bild zusammenfügen.

Während des Festivals „Europa nostra. Widerstand - Vernetzung - Gegenkultur“ der Identitären Bewegung (IB) in Dresden (Sachsen) präzierte ein Redner den Begriff im August 2018 als eine „Zusammenfassung verschiedener Akteure des Widerstandsmilieus, [um]

¹ Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist - und was nicht. in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier. Rechtsextremismus, URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht> (Stand: 9.12.2020).

sich auf unterschiedlichen Feldern der Agitationsformen und [des] politischen Handelns [zu] bewegen und dabei [auf] das Ziel der Brechung der Multikulti-Herrschaft und des linksliberalen Mainstreams hin[zu]arbeiten“.²

3. Ursprung: „Konservative Revolution“ (KR)

Die politische Strömung der „konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik richtete sich gegen die liberalen Errungenschaften in der Weimarer Gesellschaft, gegen die soziale Gleichheit und gegen die allgemeine demokratische Teilhabe. Sie war eine Reaktion auf den „Verlust“ der autoritären Strukturen des Kaiserreichs sowie auf die (gesellschaftlichen) Modernisierungsprozesse in der Weimarer Republik. Vor diesem Hintergrund propagierten Akteure der „konservativen Revolution“ eine Rückbesinnung auf einen vermeintlich „natürlichen Idealzustand“. Auf politischer Ebene verorteten vor allem autoritär orientierte Konservative und Nationalisten den „Idealzustand“ in dem Ziel einer Überwindung des parteipolitischen Pluralismus. Der in diesen Kreisen hoch angesehene Staatsrechtler Carl Schmitt (1888-1985), seit 1933 Preußischer Staatsrat und Präsident der Vereinigung nationalsozialistischer Juristen, schrieb bereits 1926 (2. Auflage) in seiner Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“: „Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - nötigenfalls - die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. [...] Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß.“³

² zitiert nach: Rafael, Simone (2018): Identitäre. Am 25.08.2018 will die IB in Dresden „Mosaikrechte“ vernetzen, URL: <https://www.belltower.news/am-25-08-2018-will-die-ib-in-dresden-mosaikrechte-vernetzen-49084/> (Stand: 11.12.2020).

Mit diesem „Demokratieverständnis“ (Identitäre Demokratie), das die „Vernichtung des Heterogenen“ postuliert, ließ sich im Nationalsozialismus - vor allem auf die vermeintliche „Rassenzugehörigkeit“ von Menschen bezogen - die Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten, Andersdenkenden und zahlreichen anderen Menschen(gruppen) legitimieren.

Die Vertreter der „Neuen Rechten“ beziehen sich unter anderem auf folgende prominente Geisteswissenschaftler, Juristen, Journalisten und Politiker der „konservativen Revolution“ während der Weimarer Republik:

- den Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998),
- Carl Schmitt,
- den Philosophen Oswald Spengler (1880-1936), dessen Buch „Der Untergang des Abendlandes“ enorme Aufmerksamkeit in der Weimarer Republik erntete, und dessen „Untergangs“-Metaphorik bis auf den heutigen Tag in der „Neuen Rechten“ eine Rolle spielt,
- den Staatstheoretiker und Kulturhistoriker Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925)
- und den von den Nationalsozialisten während des „Röhm-Putsches“ ermordeten Juristen und Publizisten Edgar Julius Jung (1894-1934).

Jung schrieb 1932 enthusiastisch in der Deutschen Rundschau: „Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen. [...] Der Nationalsozialismus hat gewissermaßen das ‚Referat Volksbewegung‘ in dieser großen Wertegemeinschaft [der antidemokratischen Kräfte] übernommen. Er hat es grandios ausgebaut und ist zu einer stolzen Macht geworden. Wir freuen uns darüber nicht nur, wir haben das unsrige zu diesem Wachstum beigetragen. In unsagbarer Kleinarbeit, besonders in den gebildeten Schichten,

³ Schmitt, Carl (2017): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. (10. Auflage), Berlin: Duncker & Humblot, S. 14.

haben wir die Voraussetzungen für jenen Tag geschaffen, an dem das deutsche Volk den nationalsozialistischen Kandidaten seine Stimme gab“.⁴

Allein diese (keineswegs vollständige) Aufzählung namhafter Personen und das mit ihnen verknüpfte politische Denken zeigen die Tiefe der Verankerung der „konservativen Revolution“ in einem Teil der deutschen Geistesgeschichte. Unter anderem auf diesem geistig-ideologischen Fundament errichtete die „Neue Rechte“ nach dem Zweiten Weltkrieg ihr - also keineswegs neues - Gedankengebäude mit einer in großen Teilen neuen Fassade.

Zusammenfassung „Konservative Revolution“

Die Akteure der „Neuen Rechten“ berufen sich auf die „Konservative Revolution“ (gemeint ist hier insbesondere die Ideologiefamilie der „Jungkonservativen“) in der Weimarer Republik. Dabei handelte es sich um eine Intellektuellenströmung, die sich gegen die institutionellen und normativen Grundlagen der Weimarer Republik richtete. Die Ablehnung von Aufklärung, Menschenrechten und Pluralismus im demokratischen Sinne zugunsten einer autoritären Diktatur mit hierarchischer Ordnung stand dafür. „Die ambivalent wirkende Bezeichnung [Konservative Revolution] meinte, dass man nicht mehr das Bestehende bewahren, sondern überwinden wollte. Damit war die Weimarer Republik als demokratischer Verfassungsstaat gemeint. Demgegenüber sollten angeblich verlorene Wertvorstellungen wiederbelebt werden: Elite, Führung, Gott, Nation, Natur, Ordnung, Rasse und Volksgemeinschaft. Mit Aufklärung, Gleichwertigkeit, Individualitätsprinzip, Liberalismus, Menschenrechten, Parlamentarismus, Parteiendemokratie und Pluralismus hatte all dies nichts zu tun. Die Alternative sollte eine autoritäre Diktatur mit einer realen Massenbasis sein.“⁵

⁴ Jung, Edgar Julius (1932): „Neubelebung von Weimar?“, in: Deutsche Rundschau (Juni 1932), S. 158-159.

⁵ Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist - und was nicht.

4. Wiederbelebung der „konservativen Revolution“ nach 1945

In seiner Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“ (1949, ein Jahr später als Buch erschienen) gab der Schweizer Verfechter der „konservativen Revolution“ Armin Mohler (1920-2003), der unter anderem für Ernst Jünger als Privatsekretär arbeitete, diesem Begriff eine neue Ausrichtung: Mohler verwendete ihn in Großschreibung und schuf mit ihm ein Konstrukt, um direkt nach dem Zweiten Weltkrieg den Theoriekanon der (deutschen) „Rechten“ wiederzubeleben, unter - zumindest vorgeblicher - Umgehung des Nationalsozialismus. Zahlreiche Publizisten und Historiker haben sich seitdem mit diesem Thema befasst. So erklärte der Historiker, Journalist und Buchautor Dr. Volker Weiß im Jahr 2016:

„Konservative Revolution ist insofern ein Widerspruch. Das Konservative wird ja immer mit dem Bewahrenden verbunden, was bleiben soll. Die Revolution ist immer das Dynamische, Verändernde. Das war ein bewusstes Spiel von Armin Mohler, weil er tatsächlich Autoren gesucht hat, die in den 20er Jahren versucht haben, die rechte Debatte zu beschleunigen, mit einer größeren Dynamik zu versehen, sie wirklich revolutionär zu machen. [...] Verbindend ist das strikt Antidemokratische, Antirepublikanische, das Antiliberale. Die berüchtigte Parole Arthur Moeller van den Brucks lautete: ‚An Liberalismus gehen die Völker zu Grunde.‘ Der Liberalismus wird immer verbunden mit Gleichmacherei, mit Dekadenz“.⁶

Die Klippe, die Armin Mohler als Anhänger der „konservativen Revolution“ und später die „Neue Rechte“ mittels ihres auf einen rechtsextremistischen Kurs eingestellten Kompasses zu umschiffen suchten, war bzw. ist demnach der Faschismus bzw. der Nationalsozialismus als dessen deutschlandspezifische Ausprägung.

⁶ zitiert nach Schnee, Philipp (2016): Nationalistische Intellektuelle. Wie neu ist die „Neue Rechte“?, in: Deutschlandfunk Kultur: Zeitfragen / Archiv | Beitrag vom 20.07.2016, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/nationalistische-intellektuelle-wie-neu-ist-die-neue-rechte.976.de.html?dram:article_id=360697 (Stand: 11.12.2020).

Nach deren Überwindung im Jahr 1945 durch die Alliierten war vor allem der Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit dermaßen stigmatisiert und delegitimiert, dass an eine erfolgsversprechende Wiederbelebung rechtsextremistischen Gedankenguts eigentlich nicht mehr zu denken war.

Im Faschismus bzw. im Nationalsozialismus geht es, so die Historikerin Prof. Dr. Sybille Steinbacher (Goethe-Universität Frankfurt am Main und Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts), um die „[...] mythische Einheit von Führer und Volk. Das ist das, was faschistische Bewegungen anstreben, und dazu verstehen sie es, Gefühle anzusprechen, Leidenschaften zu mobilisieren und vor allem auf die Emotion zu setzen und vor allem auch zu vermitteln, dass Gemeinschaft ein eigener Wert sei. [...] [W]as sie neu gestalten wollen, ist, die Gesellschaft eben nicht als Individuen zu sehen, sondern das Verhältnis von Individuum und Kollektiv neu [...] und die Gemeinschaft als eigenen Wert zu gestalten und sozusagen zu vermitteln, dass man aufgehen müsse in der Wärme, die die Gemeinschaft einem gibt. Darauf setzen Faschisten und das impliziert natürlich auch das Ressentiment. Ausgeschlossen werden all diejenigen aus der Gemeinschaft, die aus irgendwelchen Gründen nicht dazugehören sollen“.⁷

Vor diesem Hintergrund resultiert die Bezeichnung „Neue Rechte“ seitens ihrer Protagonisten aus der „Abgrenzung“ von der „alten Rechten“, das heißt der (inhaltlich vordergründigen) Distanzierung vor allem von neonazistischen Parteien, Organisationen und Gruppierungen. Der „Konservativen Revolution“ bzw. Mohler selbst attestierte Volker Weiß 2017 in seinem Buch „Die autoritäre Revolte. Die neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“, die „Legende einer bedeutenden, gegenüber dem Nationalsozialismus unempfindlichen Strömung innerhalb der deutschen Rechten“⁸ konstruiert zu haben.

⁷ zitiert nach Fittgau, Ludger (2017): Debatte. Der umstrittene Begriff „Faschismus“, in: Deutschlandfunk Kultur: Zeitfragen / Archiv | Beitrag vom 26.07.2017, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-der-umstrittene-begriff-faschismus.976.de.html?dram:article_id=392044 (Stand: 11.12.2020).

⁸ Weiß, Volker: Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: Klett-Cotta 2017, S. 53



Mohlers Dissertation hatte durchaus Wirkung. Sie kann als ein Standardwerk der „Neuen Rechten“ gesehen werden. Mohler, auf den Götz Kubitschek, der Spiritus Rector der heutigen „Neuen Rechten“, im Jahr 2003 eine Grabrede hielt, beeinflusste in Frankreich unter anderem Alain de Benoist, wo sich spätestens seit Ende der 1950er Jahre aufgrund eigener landesweiter Spezifika eine rechtsterroristische Szene herausgebildet hatte. Gehörte de Benoist zunächst dieser Szene an, so wechselte er auf die Seite der Nouvelle Droite. 1968 gehörte de Benoist zu den Mitbegründern des Groupement de recherche et d'études

des pour la civilisation Européenne (GRECE). De Benoist arbeitete mit Mohler zusammen und wurde zum wohl bedeutendsten Vertreter der Nouvelle Droite in Frankreich. In Anlehnung an das GRECE und die Nouvelle Droite in Frankreich gründete sich im Jahr 1980 das Thule-Seminar e. V. in Kassel als „Neurechter“ Intellektuellenzirkel.

Die Identitäre Bewegung (IB), die aktuell als eine der bekanntesten Repräsentanten der „Neuen Rechten“ im deutschsprachigen Raum agiert, bezieht sich - ebenso wie deren andere maßgebliche Akteure - ausdrücklich auf de Benoist.

5. Das ideologische Konzept des Ethnopluralismus

Neben der ideologischen Berufung auf die Denker der „Konservativen Revolution“ verbreiten die Strömung der „Neuen Rechten“ und insbesondere die IB das ideologische Konzept des Ethnopluralismus. Demnach bezeichnen sich die Vertreter dieser Anschauung als die eigentlichen Beschützer der Vielfalt der Völker und führen offiziell keine Auf- und Abwertung von Ethnien und Kulturen durch. Imperialistische Bestrebungen werden grundsätzlich abgelehnt. Gleichwohl sei angeblich jedes Volk abstammungsbedingt mit seinem Raum und seiner Kultur fest verwurzelt. Aufgrund eines abstammungs- und kulturell bedingten festgelegten menschlichen Wesenskerns könnten sich Ethnien und Kulturen nur an ihrem Ursprung entfalten und ihre Identität bewahren. Migration bzw. eine Durchmischung von Ethnien und fremden, außereuropäischen Kulturen mit europäischen Kulturen führe so automatisch zu gesellschaftlichen Konflikten und Störungen. Multikulturelle Staaten würden die indigenen Kulturen, Traditionen und Identitäten zerstören. In diesem Denken fordern „Ethnopluralisten“ die politische Durchsetzung der „ethnokulturellen Identität“, welche auf eine ethnisch-kulturelle Homogenität des Volkes hinausläuft. In diesem Konzept wird der Begriff des Staatsvolkes demnach in einem exklusiv abstammungsmäßigen Sinne definiert und somit Menschen ausgeklammert, die nicht den eigenen ethnischen Voraussetzungen entsprechen. Die



Umsetzung dieses ideologischen Konzepts verletzt die Menschenwürde, weil damit Staatsbürgerrechte nach Abstammung vergeben werden und Menschenrechte nicht universell-individuell, sondern nach dem Maßstab eines völkischen Kollektivs zugeordnet werden. Diese Auffassung würde in letzter Konsequenz auf eine Deportation („Remigration“) hinauslaufen, von der auch Millionen von deutschen Staatsbürgern betroffen wären, die einen Migrationshintergrund aufweisen.

6. Abgrenzung zur „Alten Rechten“

Weder der ideologische Bezug noch die Erscheinungsformen der „Neuen Rechten“ können als neu subsumiert werden. Die ideologischen Anleihen aus der „Konservativen Revolution“ haben ihren Ursprung in der Weimarer Republik und die Erscheinungsformen gab es in diesem Zusammenhang bereits in den 1980er Jahren. Trotz der inhaltlichen Teilmengen der „Neuen Rechten“ zum Rechtsextremismus existieren konkrete Differenzen im ideologischen und strategischen Sinne im Vergleich zum traditionellen Rechtsextremismus. Die „Neue Rechte“ bezieht sich auf die „Konservative Revolution“ und nicht auf den Nationalsozialismus. Aus strategischer Sicht versucht die „Neue Rechte“ primär über eine Diskursorientierung die kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft zu erobern. Hierzu entwickelt die „Neue Rechte“ eigene politische Theorien, die im vopolitischen Raum der Kultur (Metapolitik) verbreitet werden (siehe hierzu Kapitel 9. Strategien und Narrative). Vertreter der „Neuen Rechten“ widmen sich dem intellektuellen „Kampf um die Köpfe“ vor allem über die Publizistik. Neben ideolo-

gischen Gemeinsamkeiten besteht bei der „Neuen Rechten“ eine distanzierte Haltung zum Nationalsozialismus, was jedoch nicht mit der Unterstützung der liberalen Demokratie einhergeht.

Diese Unterschiede waren bereits bei der „Konservativen Revolution“ zu beobachten und bezogen sich eher auf Habitus und Strategie:

„Die damaligen elitären Intellektuellen wollten mit den geistig schlichten SA-Straßenkämpfern wenig zu tun haben. Auch in Hitler erblickten sie weniger eine Lichtgestalt und mehr einen Massenmobilisator. Ideologisch bestanden indessen Gemeinsamkeiten, wobei die Konservative Revolution eher auf den Staat, die Nationalsozialisten mehr auf die ‚Rasse‘ bezogen waren. Ähnlich verhält es sich in der Gegenwart, wo die Neue Rechte mit den Neonazis allein schon wegen des Niveauunterschieds und Sozialverhaltens wenig zu tun haben will. In deren Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus erblickt man darüber hinaus eine falsche Orientierung, mit der sich in der breiten Öffentlichkeit weniger politische Sympathiepunkte sammeln lassen.“⁹

	„Neue Rechte“	„Alte Rechte“
Handlungsstil	<ul style="list-style-type: none"> - Diskursorientierung - Theoriearbeit - Analytik - Metapolitik (vopolitischer Raum) 	<ul style="list-style-type: none"> - Aktionsorientierung („Kampf um die Straße“) - Parlamentsorientierung - Gewaltorientierung
Soziales Profil	<ul style="list-style-type: none"> - Intellektuelle - Akademiker 	<ul style="list-style-type: none"> - eher Arbeitermilieu - eher bildungsferner - eher sozialschwach
Ideologie-Bezug	<ul style="list-style-type: none"> - „Konservative Revolution“ in der Weimarer Republik - Theoriekomplex der 20er-Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> - Historischer Nationalsozialismus

⁹ Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist - und was nicht.

Aufgrund des unterschiedlichen Handlungsstils, sozialen Profils und Ideologie-Bezuges ergeben sich relevante strategische Vorteile für die „Neue Rechte“ im Vergleich zur „Alten Rechten“. Die „Neue Rechte“ fungiert als rechter Thinktank, der sowohl Ideen generiert als auch verbreitet und über die Deutungshoheit im rechten Theorieapparat verfügt. Da die „Neue Rechte“ inzwischen versucht, ihren Einfluss über den politischen Diskurs hinaus, auf die Parlamente und die „Straße“ auszuweiten, strebt sie einen ganzheitlichen Handlungsstil an. Auch das akademische bzw. intellektuelle soziale Profil ermöglicht den Protagonisten der „Neuen Rechten“ größere personelle Flexibilität und Zusammenarbeitspotenziale im Vergleich zur „Alten Rechten“. Dabei ist die (vordergründige) Distanzierung der „Neuen Rechten“ vom historischen Nationalsozialismus der strategisch wichtigste Punkt, um das gesellschaftliche Stigma des Rechtsextremismus aufgrund des III. Reiches zu umgehen. Als Gesamtkonsequenz verfügt die „Neue Rechte“ aufgrund dieser strategischen Vorteile über eine deutlich höhere Anschlussfähigkeit an die Gesamtgesellschaft, als es der „Alten Rechten“ seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland je möglich war.

7. Grundpositionen der gegenwärtigen Neuen Rechten

„Der inhaltliche Ausgangspunkt ist die Berufung auf die Ideen der erwähnten Konservativen Revolution, wobei deren konstitutives Gedankengut auf die gegenwärtige Situation übertragen werden soll. Dabei wird ein identitäres Demokratieverständnis gegen ein pluralistisches Demokratieverständnis gestellt. Ein völkischer Nationalismus soll als Orientierungspunkt den Primat der Menschen-

rechte ablösen. Elitenvorstellungen werden als Gegensatz zum Gleichheitsideal verkündet. Das individuelle Menschenrechtsverständnis soll durch ein kollektivistisches Menschenrechtsverständnis ersetzt werden (Menschenrechte nicht für Einzelne, sondern für Völker). Bemerkenswert ist bei all dem, dass die genauen Konturen des propagierten Politikverständnisses nicht präziser gezeichnet werden. Auch skizzieren die gemeinten Intellektuellen die von ihnen eingeforderte Alternative nicht näher als politisches System. Der erwähnte Gegensatz von einem identitärem und einem pluralistischem Demokratieverständnis soll hier noch einmal gesondert thematisiert werden: Die gemeinten Intellektuellen bekennen sich durchaus zur Demokratie, deuten das Gemeinte aber in ihrem Sinne um. Dabei gehen sie von einer auch ethnischen, aber insbesondere politischen Homogenität des Volkes aus. Es soll eine Einheit von Regierenden und zu Regierenden geben, was letztendlich eine Opposition ebenso wie den Pluralismus ausschließt.“¹⁰ In der Gesamtschau besteht innerhalb der „Neuen Rechten“ hinsichtlich bestimmter Grundpositionen ein Konsens, aber nicht zu allen Themenfeldern.

8. Strategien und Narrative

Die Vertreter der „Neuen Rechten“ versuchen hauptsächlich auf intellektueller Ebene im diskursorientierten Raum die liberale Demokratie zu attackieren und letztlich zu überwinden. Dieser geistige Kampf wird u. a. als „Kampf um die Köpfe“, „Kulturrevolution von rechts“ oder „Metapolitik“ bezeichnet.

¹⁰ Pfahl-Traugher, Prof. Dr. Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist - und was nicht.



Zur metapolitischen Umsetzung ihrer Ziele orientieren sich sowohl die Nouvelle Droite als auch die „Neue Rechte“ an den sogenannten Gefängnisheften des italienischen Marxisten Antonio Gramsci (1891-1937). Nach dessen Vorstellung wird die politische Macht in einer Gesellschaft über die „kulturelle Hegemonie“ errungen. Nach Gramscis Theorie müsse zur Eroberung der politischen Macht zuerst ein politischer Konsens mit der Gesellschaft hergestellt werden. Deshalb erfolgt die politische Beeinflussung zunächst auf einer dem parlamentarischen Bereich vorgelagerten Sphäre der politischen Kultur (Metapolitik). Die Definitionsgewalt bzw. Deutungshoheit im vopolitischen Raum sei die Voraussetzung für die Erringung realer politischer Macht in den Parlamenten. Mittels der Metapolitik sollen Begriffe, Symboliken und Diskurse in der Gesellschaft gesteuert und geprägt werden. Positiv besetzte gesellschaftliche Begrifflichkeiten sollen im eigenen Sinne umgedeutet und mit der eigenen Ideologie verknüpft werden. Dieser geistige Kampf wird auch als „Informationskrieg“

bezeichnet. Es gilt das Prinzip: Wer die Deutungshoheit über die Begriffe besitzt, bestimmt, was wahr oder unwahr ist.

„In der politischen Kunst findet statt, was auch in der Kriegskunst stattfindet: der Bewegungskrieg wird immer mehr zum Stellungskrieg [...] Die massive Struktur der modernen Demokratien, sowohl als staatliche Organisationen als auch Komplex von Vereinigungen im zivilen Leben, bilden für die politische Kunst so etwas wie die ‚Schützengräben‘ und die dauerhaften Befestigungen der Front im Stellungskrieg. Sie machen das Element der Bewegung, das vorher der ‚ganze‘ Krieg war, zu einem ‚partiellen‘, usw.“¹¹

Die Akteure der „Neuen Rechten“ verstehen sich als die geistigen Vordenker von politischen Bewegungen (aktionsorientierter Rechtsextremismus) und Parteien. Dennoch agieren diese mittlerweile auch auf derartigen Handlungsfeldern mittels vielfältigen Aktivitäten, Beziehungen und personellen Verbindungen. So wenden die Vertreter der „Neuen Rechten“ mittlerweile die frühere „Drei-Säulen-Strategie“ der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) an. Der „Kampf um die Köpfe“ (Diskursorientierung) ist um den „Kampf um die Parlamente“ (Parlamentsorientierung) und den „Kampf um die Straße“ (Aktionsorientierung) ergänzt worden. Das heterogene Netzwerk der „Neuen Rechten“ („Mosaik-Rechte“) verzahnt sowohl unterschiedliche Akteure als auch Handlungsfelder (parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen, metapolitische Theoriebildung und Straßenprotest) miteinander. So entsteht ein zusammengesetztes „Widerstandsmilieu“ mit unterschiedlichen Standpunkten und Ausrichtungen, eine größere politische Schlagkraft und Reichweite durch eine breitere Bündnispolitik und ein unterschiedliches Adressatenfeld.

Die mit der „Neuen Rechten“ gesamtgesellschaftlich und politisch verbundene Problemlage kann in folgenden Befund eingeordnet werden:

¹¹ Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Bd. 7 (Hefte 12 bis 15), Hsg. Bochmann, Klaus / Haug, Wolfgang Fritz / Jehle, Peter, Hamburg: Argument, Erste Auflage 2012, S. 1545.

Die „Neue Rechte“ ist dabei, ihre Narrative in den öffentlichen Diskurs der Gesamtgesellschaft zu integrieren. Dies gelingt ihr, obwohl ihre Inhalte und Werte rückwärtsgewandt sind. Die Vertreter der „Neuen Rechten“ sind jedoch keine einfachen Reaktionäre, sondern sie können mit der Moderne umgehen, indem sie beispielsweise modernste digitale Kommunikationsmittel professionell einsetzen. Insbesondere die IB agiert nicht in einem subkulturellen Kontext, sondern über popkulturelle Ausdrucksformen. Hierbei orientieren sich die Vertreter dieses Spektrums auch an linken Protestformen und bedienen sich u. a. der politischen Strategien von linken Denkern, wie Theodor W. Adorno oder Antonio Gramsci. Die Akteure der „Neuen Rechten“ schaffen es, zeitgemäße und vielfältige Ausdrucksformen für rechtsextremistische Inhalte zu kreieren. Dazu werden u. a. neue Kampfbegriffe in den Diskurs eingeleitet und positiv besetzte Worte beispielsweise in diesem Zusammenhang inhaltlich umgedeutet („reframing“), um sie damit politisch-taktisch aufzuladen.

Dieses Verfahren ist keineswegs neu, sondern hat mindestens im Nationalsozialismus ein aus der Sicht der damaligen Machthaber „erfolgreich“ praktiziertes „Vorbild“. In seinem 1947 erschienenen Buch „LTI [i. e. Lingua Tertii Imperii] - Notizbuch eines Philologen“ schrieb der Schriftsteller, Journalist und Wissenschaftler Victor Klemperer (1881-1960) auf der Grundlage seiner Alltagserfahrungen während des Nationalsozialismus - er war vom Judentum zum Protestantismus konvertiert und war mit einer Nichtjüdin verheiratet:

„[...] Der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden. [...] Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt,

sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da. [...]“.¹²

Insbesondere seit dem Jahr 2015 versucht die „Neue Rechte“, ihre Themen mittels ihrer eigenen Sprache in die Medien einzuspeisen und alltägliche Begriffe zu besetzen.

Martin Sellner, Führungsfigur der IB im deutschsprachigen Raum, beschrieb im Mai 2019 in der Zeitschrift Sezession das verbale Reframing als „taktische Rahmensetzung für eine konkrete Debatte“. Nach Sellner sind die Begriffe von „populär“ bis „undenkbar“ einem ständigen Wandel unterworfen. Dabei seien Meinungen, die aus dem „Vertretbarkeitsrahmen“ fielen, „brutalen Konsequenzen“ ausgesetzt: „Sie gelten als unsagbar, werden emotional mit ‚Unreinheit‘, ‚Krankheit‘ und moralischer Verwerflichkeit assoziiert“. Daher gelte es, so Sellner, den Rahmen des Vertretbaren nach rechts zu verschieben, das heißt „rechte“ Auffassungen gesellschaftlich akzeptabel zu machen.¹³

Die Akteure der „Neuen Rechten“ versuchen, das gesellschaftliche Bild dessen, was rechtsextremistisch ist, nicht nur sprachlich zu verändern, sondern sie treten vor allem im Internet und in den sozialen Medien, in ihrem äußeren Habitus bewusst modern („hip“) und gebildet - also vermeintlich akzeptabel - auf. Dies gilt insbesondere für medienwirksame Aktionen und entsprechende Bild- und Videoveröffentlichungen der IB.

Die IB will damit jene junge Menschen in die Szene locken, die „klassische Rechtsextremisten“ nicht erreichen. Ihre Aktionen bereitet die IB im Vorfeld so vor, dass sie kompatibel für die Massenmedien sind und eine möglichst weite Verbreitung finden.

¹² Klemperer, Victor (2007): LTI: Notizbuch eines Philologen, 23. Auflage, Stuttgart, S. 25-26

¹³ Sellner, Martin (2019): Was fehlt: ein neurechtes Kontinuum, in: Sezession | Beitrag vom 03.05.2019, URL: <https://sezession.de/60814/was-fehlt-das-neurechte-kontinuum> (Stand: 10.03.2021)

„Alternative Medien“ - Multiplikatoren - Taktgeber

Im Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ bedient sich die „Neue Rechte“ eines Netzwerks - so ihr Sprachgebrauch - „alternativer Medien“. Das auflagenstärkste Printmagazin ist Compact mit - nach eigenen Angaben - etwa 40.000 Exemplaren monatlich. Neben der monatlichen Ausgabe werden mehrmals pro Jahr Sonderhefte zu einzelnen Themenkomplexen herausgegeben; auf YouTube kommentiert Compact TV (weit über 150.000 Abonnenten) tagesaktuelle Themen.



Neben Compact gibt es eine Vielzahl von Blogs, Websites und Profilen auf sozialen Medien, die sich gegenseitig verlinken und in ihrer Gesamtheit einen sich selbst verstärkenden Resonanzraum bilden. Personen, die in diesen Resonanzraum geraten, werden durch die gegenseitige Bezugnahme der Informationskanäle und die Funktionsweise von Algorithmen in den sozialen Medien radikalisiert. So schrieb Martin Sellner im Mai 2019: „Jeder einzelne Aktivist, jedes Parteimitglied, jeder der online und offline seine Meinung kundtut, auch jeder, der unter SiN-Artikeln [SiN = Ego-Shooter eines Computerspiels] postet, betätigt

sich entweder als metapolitischer Revolutionär oder Reaktionär. Tertium non datur (ein Drittes gibt es nicht)“.¹⁴ Gleichwohl greifen Rechtsextremisten neben „alternativen Medien“ auch regelmäßig auf die etablierten Leitmedien zurück. Allerdings tun sie dies, auf eine sehr selektive Art und Weise, um ihr rechtsextremistisch geprägtes Weltbild zu vermitteln.¹⁵

Im Unterschied zu anderen Personenzusammenschlüssen im Phänomenbereich Rechtsextremismus stehen die Gruppierungen der „Neuen Rechten“ nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern kooperieren zum gegenseitigen Vorteil („Mosaikrechte“). Dies ist nur möglich, da es allgemein anerkannte Multiplikatoren und Stichwortgeber gibt. Hierzu zählt das im Jahr 2000 in Bad Vilbel (Wetteraukreis) gegründete Institut für Staatspolitik (IfS). Das mittlerweile in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) ansässige IfS fungiert als Kadenschmiede und intellektueller Taktgeber innerhalb der „Neuen Rechten“. Die in Schnellroda regelmäßig stattfindenden Sommer- und Winterakademien fungieren als Vernetzungstreffen und dienen der Rekrutierung von Nachwuchskräften über Gruppengrenzen der „Neuen Rechten“ hinweg. Verantwortlicher Redakteur der vom IfS herausgegebenen Zeitschrift Sezession ist Götz Kubitschek. Dieser ist ebenfalls der Inhaber des Verlages Antaios, der Publizisten aus dem Bereich der „Neuen Rechten“ eine Verbreitungsplattform für ihre Bücher bietet.

Neben der Anwendung der Metapolitik hat die „Neue Rechte“ eine Vielzahl weiterer Strategien und Narrative entwickelt, um die Zustimmung der deutschstämmigen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Im Nachfolgenden werden weitere Strategien dargestellt.

¹⁴ Sellner, Martin (2019): Was fehlt: ein neurechtes Kontinuum

¹⁵ Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (Herausgeber), Ann-Christin Wegener: Filter ohne Blase. Wie die rechtsextremistische Szene sich über das politische Tagesgeschehen informiert. Wiesbaden 2020. Abrufbar unter: www.lfv.hessen.de/paaf

Selbstverharmlosung und Mimikry

Um eine gesellschaftliche Ausgrenzung durch eine rechtsextremistische Stigmatisierung zu umgehen, wendet die „Neue Rechte“ die Strategie der Selbstverharmlosung und der Mimikry (Biologie: Tarnung vor Feinden) an. Sie versucht sich dem Rechtsextremismus-Vorwurf zu entziehen, indem sie Eindeutigkeit in Bezug auf rechtsextremistische Positionen vermeidet und strategisch mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung umgeht, indem sie sich selbst einen demokratischen Anstrich gibt. Vertreter der „Neuen Rechten“ passen sich sprachlich an und modernisieren die Beschreibung und Darstellung rechtsextremistischer Positionen. So heißt es in einem Strategiepapier der IB: „Unsere politische Kommunikation muss also knapp an der Grenze bleiben und das ‚Overton-Fenster‘ erweitern, also den Rahmen des im Mainstream Sagbaren.“¹⁶ Deswegen verwendet die IB nicht klassische rechtsextremistische Parolen, wie „Ausländer raus“, sondern spricht von „Remigration“.

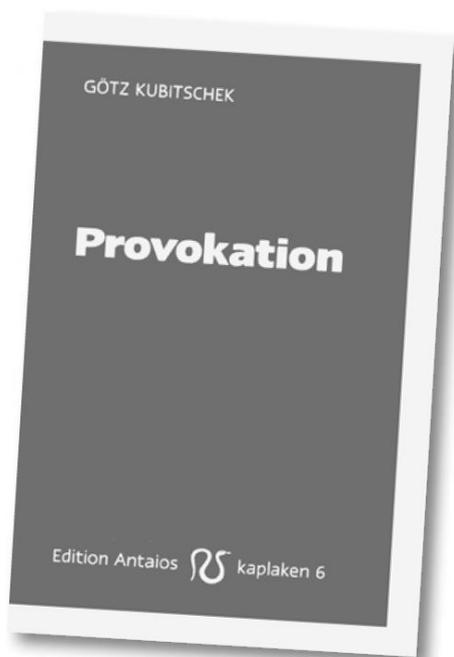
Die Mimikry-Strategie und der ethnopluralistische Diskurs sollen die Tür zur Mitte der Gesellschaft öffnen, um antiliberale und antidemokratische Positionen über rechtsextremistische Spektren hinaus zu verbreiten, damit neue Personenpotenziale für Rechtsextremisten erschlossen werden können. Mit ihrer Hilfe soll die Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft zum Rechtsextremismus überwunden werden. Rechtsextremistische Argumente sollen als vermeintlich normale und legitime Positionen in der pluralistischen Demokratie erscheinen und sich damit etablieren. Der gesellschaftliche Diskurs wird somit entgrenzt und für rechtsextremistische Positionen erweitert.

¹⁶ zitiert nach: Jäger, Lukas / Dittrich, Miro: Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechtsalternativer Medienstrategien | Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) 2020, S. 33

Provokation und Tabubrüche

Im Gegensatz zur Mimikry- und Selbstverharmlosungsstrategie versuchen Vertreter der „Neuen Rechten“ durch bewusste Provokationen in Kombination mit kalkulierten verbalen Tabubrüchen die Grenze des gerade noch Sagbaren und Machbaren auszuerschöpfen und Stück für Stück nach „rechts“ auszuhöhlen. Die darauffolgende Konfrontation mit dem Rechtsextremismus-Vorwurf wird oftmals mit einem relativierenden „war ja nicht so gemeint“ beantwortet. Solche Distanzierungen entlarven sich im kontextuellen Sinne in der Regel als strategisches Manöver und können nicht als ehrliche inhaltliche Distanzierung von rechtsextremistischen Inhalten gewertet werden.

Daneben sollen die Provokation und der Versuch der politischen Eskalation den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufbrechen und die liberale Demokratie destabilisieren, um sie letztendlich überwinden zu können.



Opferstilisierung und Täter-Opfer-Umkehr

Rechtsextremisten stilisieren sich in vielerlei Hinsicht als Opfer. Die „Alte Rechte“ tut dies oftmals im Zusammenhang mit den Straftatbeständen nach § 130 StGB (Volksverhetzung) oder § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Symbolen), die für dieses Spektrum einschlägig sind. Sie begründet mit diesen Strafbarkeiten, insbesondere die Leugnung des Holocausts, dass in der Bundesrepublik Deutschland angeblich keine Meinungsfreiheit gelte.

Die „Neue Rechte“ agiert dagegen systemimmanent und verstößt grundsätzlich nicht gegen die oben genannten Strafgesetze. Allerdings inszenieren sie sich ebenfalls als ein Opfer unseres „Systems“. In diesem Zusammenhang stellen sich Akteure der „Neuen Rechten“ mitunter als verfolgte politische Minderheit, die aufgrund von tätlichen Angriffen schutzbedürftig sei und nicht angemessen von dem zur Neutralität verpflichteten Staat geschützt werde, dar. Die eigenen politischen Ansichten würden demnach zur Machterhaltung der politisch Etablierten unterdrückt, obwohl erst durch die Positionen der „Neuen Rechten“ wieder ein politischer Pluralismus und damit eine politische Alternative zu dem einheitlichen sog. „linksliberalen Establishment“ zustande käme. Mit diesem Narrativ fordern die Vertreter der „Neuen Rechten“ Kernwerte der liberalen Demokratie, wie Meinungsfreiheit, Pluralismus, Minderheitenschutz und staatliche Neutralität für sich ein. Gleichwohl existieren diese Werte entlarvender Weise in der eigenen politischen Agenda nicht und würden bei einer Machtergreifung abgeschafft werden. Dies zu verhindern, ist Aufgabe der abwehrbereiten Demokratie.

Strategischer Verzicht auf Gewalt

Die „Neue Rechte“ verzichtet strategisch auf Gewalt, um anschlussfähig an die Mehrheitsgesellschaft zu sein. Ihr ist bewusst, dass in

der Mehrheitsgesellschaft Gewalt als undemokratisch gilt und keine Akzeptanz findet. Wenn Linksextremisten Straftaten gegen Vertreter der „Neuen Rechten“ begehen, werden diese instrumentalisiert, um sich als Opfer und die eigentlich „Guten“ zu inszenieren. Dies gelingt im Zuge der anlassbezogenen öffentlichen Inszenierung über die neuen Medien in solchen Fällen recht einfach, weil die Akteure für sich im konkreten Einzelfall beanspruchen können, im Gegensatz zu ihren Kontrahenten gewaltlos zu sein („Die guten Rechten und die bösen Linken“).

9. Akteure/Gruppierungen/Organisation

Die „Neue Rechte“ hat keine gemeinsame feste Organisationsstruktur, sondern ist ein loses Netzwerk unterschiedlicher Akteure. Aktuell können die nachfolgenden rechtsextremistischen Gruppierungen in das Spektrum der „Neuen Rechten“ eingeordnet werden:

- Identitäre Bewegung (erwiesene extremistische Bestrebung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV))



- Reconquista Germanica (erwiesene extremistische Bestrebung des BfV)



- Ein Prozent (Verdachtsfall des BfV)



- Institut für Staatspolitik (Verdachtsfall des BfV)

IfS

- Compact (-Magazin GmbH) (erwiesene extremistische Bestrebung des BfV)



- Verlag Antaios e. K. (Verdachtsfall des BfV)

Verlag  Antaios

10. Verfassungsfeindlichkeit und Gefahren für unsere Demokratie

„Angesichts der Berufung auf die Konservative Revolution, die für ein ‚antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik‘ (Kurt Sontheimer) steht, kann die Neue Rechte mit dieser Orientierung als rechtsextremistisch gelten. Dagegen spricht weder, dass sie auf Gewalt verzichtet, noch, dass sie sich vom Nationalsozialismus distanziert. Extremismus meint die Ablehnung der Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft, die eben in den Bezügen auf die genannte ideengeschichtliche Strömung deutlich wird. Eine Aufforderung zur Gewaltanwendung ist dafür ebenso wenig nötig wie ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Beides sind besondere Erscheinungsformen von Extremismus, es kann aber auch eine nur intellektuelle Delegitimierung der Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates geben. Diese Ausrichtung ist der „Neuen Rechten“ eigen und genau darin ist das Gefahrenpotential für Demokratie und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit zu sehen.“¹⁷

Die „Neue Rechte“ ist mitverantwortlich für die dynamische Entwicklung im deutschen Rechtsextremismus und damit auch für den gegenwärtigen Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Sie versucht diesen ideologisch zu beeinflussen und damit gelingt es ihr, gesellschaftliche Potenziale für den Rechtsextremismus abzurufen, woraus sich ein besonderes Gefahrenpotenzial ergibt.

Die „Neue Rechte“ hat ihre mediale Präsenz und Reichweite deutlich gesteigert. Damit einhergehend hat sie ihren Einfluss auf die Gesellschaft insgesamt erhöht und erhält relevanten Zuspruch.

Die „Neue Rechte“ ist im Vergleich zu gewaltbereiten Neonazis nicht minder gefährlich für unseren Staat und unsere Gesellschaft,

¹⁷ Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist - und was nicht.

da sie - häufig sprachlich verbrämt - rechtsextremistisches Gedankengut modern, geschickt und professionell anschlussfähig machen will, um die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden. Längst hat sich mit der „Neuen Rechten“ eine ideologisch wahrnehmbare Gegenöffentlichkeit etabliert, in der sich Personen, die den traditionellen Medien und dem Staat nicht mehr vertrauen, systemfeindlich äußern. Hinzu kommt, dass derlei Positionen auch in den sozialen Medien eine virulente Resonanz erhalten.

Im Zusammenwirken der „Mosaik-Rechten“ auf der Grundlage einer mehr oder minder gemeinsamen rechtsextremistischen Ideologie gelingt es den Vertretern der „Neuen Rechten“, ihre Inhalte und Ziele auf verschiedenen Kanälen simultan zu kommunizieren und somit eine größere Relevanz zu erreichen, als dies einzelnen Akteuren möglich wäre. Die „Neue Rechte“ hat in den letzten Jahren ein umfassendes Theoriefundament entwickelt, das auf alle Krisen und Probleme der Gegenwart Bezug nimmt. Hierdurch hat sie die Hegemonie im rechtsextremistischen Theorieapparat inne. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass allein die Zeitschrift Compact angeblich 40.000 Exemplare vertreibt und als Compact TV über mehr als 150.000 Abonnenten verfügt, so stellt sich die „Neue Rechte“ als eine vielschichtige Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Mittels dieser „Arbeitsteilung“ gelingt es der „Neuen Rechten“ auf diversen gesellschaftlichen Ebenen, ihre sozial ausgrenzende und diskriminierend-autoritäre Ideologie zu verbreiten.

Darüber, welche Wege bei der Bekämpfung dieser und anderer Ausprägungen des Rechtsextremismus einzuschlagen sind, sind sich Demokraten - gleich, ob auf gesellschaftlicher oder staatlich-politischer Ebene - nicht immer einig. Werden die „Neue Rechte“ und ihr Umfeld lediglich als Rechtsextremisten gebrandmarkt, so

ist zu befürchten, dass sich die Bruchlinien in Gesellschaft und Staat vertiefen, da Rechtsextremisten es prinzipiell geschickt verstehen, sich bei Dritten als Opfer zu stilisieren, und somit ihren Resonanzraum verstärken bzw. erweitern. Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, ob und wie der umfangreiche Kanon der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus auszuweiten ist.

Die Erzählungen und Argumente der „Neuen Rechten“ müssen sachlich aufgegriffen, analysiert und dekonstruiert werden. Ergänzend hierzu muss sich unvoreingenommen und kontrovers mit gesellschaftlichen Missständen und Problemlagen ergebnisoffen befasst werden, um geeignete Lösungsmöglichkeiten hierfür zu erarbeiten.

11. Präventionsangebot des LfV Hessen

Um diesen neuen rechtsextremistischen Entwicklungen entgegenzuwirken, nimmt die Prävention gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle ein. Der beste Verfassungsschutz wird durch aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Ziel unserer Präventionsarbeit ist es daher, Menschen in die Lage zu versetzen, rechtsextremistische Bestrebungen erkennen und dekonstruieren zu können und Handlungssicherheit im Umgang mit extremistischen Sachverhalten aufzubauen.

Unser hessenweites Präventionsangebot (Seminare, Fortbildungen, Vorträge, anlassbezogene Beratungen, etc.) richten wir konkret nach Ihren Bedürfnissen aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) stehen Ihnen gerne mit ihrem Präventionsangebot zur Verfügung und freuen sich auf Ihre Kontaktaufnahme.

Telefon: 0611/720-1966

E-Mail: praevention@lfv.hessen.de

HESSEN



Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Konrad-Adenauer-Ring 49
65187 Wiesbaden

www.lfv.hessen.de

